



Die Kandidaten der ÖDP im Landkreis Schwandorf (von links): Alfred Damm, Heidi Eckl, Arnold Kimmerl, Felix Sailer und Martin Prey

FOTO: SMX

Mensch und Umwelt vor Profit

WAHLKAMPF Die ÖDP setzt auf faire Löhne, ein Familiengehalt und mehr Förderung in den Schulen. Parteispenden sollen verboten werden.

SCHWANDORF. Der ÖDP-Kreisverband Schwandorf beendete seinen Landtags- und Bezirkstagswahlkampf mit einer Veranstaltung, bei der sich alle fünf Kandidaten noch einmal vorgestellt haben. Kreisvorsitzender Alfred Damm stellte die wesentlichen Ziele seiner Partei heraus, wobei er betonte, dass die ÖDP das wertorientierte Angebot an Menschen sei, die bisher CSU gewählt haben, aber die Entwicklung dieser Partei nicht mehr mittragen wollen. Seine Partei wolle der „Söderischen Regierungs-Show“ eine bodenständige Alternative entgegenstellen.

Damm verwies auf den Artikel 151 der Bayerischen Verfassung, wonach die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dem Gemeinwohl dienen solle, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins. Es könne deshalb nicht sein, dass die wirtschaftliche Tätigkeit nur dem Wachsen oder Weichen diene, Mensch und Umwelt müssen vor dem Profit kommen. Die Agarpolitik von CSU und Bauernver-

band habe dazu geführt, dass immer mehr bäuerliche Betriebe aufgeben müssen, das Höfesterben gehe in Bayern unvermindert weiter, kritisierte Damm. Die CSU gebe sich aber immer noch als Anwalt der Bauern aus, deshalb verwies Alfred Damm auf den Bibelspruch: „An Ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

Verfehlte Agarpolitik

Die Früchte dieser Politik seien die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen wie Trinkwasser, Bodenfruchtbarkeit, Artenvielfalt und saubere Luft. Damm kritisierte die subventionierte Ausfuhr von Überschussproduktionen in das Ausland, vorwiegend nach Afrika. Dies befeue Fluchtursachen zusätzlich, anstatt sie zu minimieren.

Zum Thema Migration äußerte der ÖDP-Kreisvorsitzende, dass auch seine Partei klare Regeln des Forderns und Förderns in der Flüchtlingspolitik befürworte, straffällig gewordene Asylsuchende müssten das Land wieder verlassen. Asylbewerber, die sich integrieren und arbeiten, sollten aber eine Bleibeperspektive erhalten.

Gemeinwohlökonomie bedeute auch faire Löhne und Arbeitsbedingungen. Es müsse endlich Schluss sein mit den Auswüchsen bei der Zeitarbeit, Schluss sein damit, dass sich immer mehr Unternehmen von Tarifverträgen verabschieden, forderte der

ÖDP-Kandidat. Die Wirtschaft müsse familienkonform werden, nicht umgekehrt. Die ÖDP setze sich für die Einführung einer Transaktionssteuer ein, es sei nicht einzusehen, dass auf Babywindeln Steuern bezahlt werden müssten, Finanzgeschäfte in Milliardenhöhe aber steuerfrei über die Bühne gehen könnten.

Geldspenden von Konzernen und Lobbyisten an Mandatsträger seien ein Schandfleck für die Demokratie und müssten endlich verboten werden, forderte Damm. Auch Sponsoring von Parteien auf Umwegen über Stiftungen würden Abhängigkeiten schaffen und seien deshalb ebenfalls abzuschaffen.

DIE ÖDP-KANDIDATEN

Landtag: Der selbstständige Schwandorfer Handelsvertreter Alfred Damm (54) kandidiert direkt für den Landtag. Auf der Liste kandidiert die Nabburger Fremdsprachenkorrespondentin Heidi Eckl.

Bezirkstag: Hier ist Biobauer Martin Prey aus Niedermurasch (56) Direktkandidat. Auf Listenplatz 14 steht Felix Sailer, 24-jähriger Student aus Schwandorf, und auf Platz 9 der Pfreimder Altbürgermeister und Förster i. R., Arnold Kimmerl.

Die ÖDP habe sich dieses „politische Reinheitsgebot“ freiwillig auferlegt, sie sei wählbar, aber nicht käuflich. Als weiteren Schwerpunkt der politischen Arbeit seiner Partei nannte Damm das Engagement für Familien.

Höheres Landespflegegeld

In den Familien werde eine wertvolle Sorgearbeit für Erziehung und Pflege geleistet. Deshalb sei ein Landespflegegeld von 1000 Euro im Jahr beschämend. Diese Erziehungs- und Pflegeleistung müsse finanziell anerkannt werden, die ÖDP fordere deshalb den Ausbau zu einem echten Familiengehalt von mindestens 1000 Euro im Monat. Durch die Sozialversicherungspflicht würde sich auch die spätere Rente der Mütter erhöhen.

Zur Bildungspolitik äußerte er, dass die individuelle Förderung und Inklusion nur mit einer zweiten Kraft in jeder Klasse gelingen könne. Die ÖDP stehe zum Umgang der Schüler mit elektronischen Geräten und einem entsprechenden Medienangebot, lehne aber den elektronischen „Overkill“ vom Kindergarten bis zum Schulabschluss ab. „Wir brauchen kleinere Klassen und mehr Lehrer und nicht mehr Tablets und größere Bildschirme“, so die Forderung der ÖDP. Damm verwies auf das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ und forderte mehr „Artenvielfalt“ im Landtag. (smx)